

# Deutscher Bundestag

## 18. Wahlperiode

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

## Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

zum Entwurf der Bundesregierung zum Bundeshaushaltsplan 2016,  
Einzelplan 16,  
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit  
- Drucksache 18/5500 -

**Kapitel: 1616, Bundesamt für Strahlenschutz**

**Antrag: Kürzung der Titel**

- 712 22 -342 Projekt Konrad von 200 auf 60 Millionen Euro,
- 712 23 -342 Projekt Gorleben von 30 auf 10 Millionen Euro und
- 686 21 -342 Zuweisungen zum Salzgitterfonds von 700.000 auf null Euro

**Aufstockung des Titels**

- 712 27 -342 Standortauswahlverfahren von 2,5 auf 3,5 Millionen Euro

### Begründung:

Die dauerhafte Lagerung aller Arten von Atommüll ist bis heute komplett ungelöst. ASSE und Morsleben zeigen, dass ohne wissenschaftliche Kriterien für die Lagerung und ohne Alternativenvergleich unterschiedlicher Standorte eine sichere Lagerung radioaktiver Abfälle nicht möglich ist.

Dies trifft auch für das geplante Atommüllendlager im Schacht Konrad für die Lagerung leicht- und mittelradioaktiver Abfälle zu. Der Standort ist ungeeignet, weil auch er ohne jeden Alternativenvergleich politisch festgelegt worden ist und obendrein nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Forschung entspricht.

Ebenso ist der Salzstock in Gorleben für die dauerhaft sichere Lagerung hochradioaktiver Abfälle ungeeignet. Statt der jetzigen Offenhaltung sollte Gorleben als Standort aufgegeben und vollständig verfüllt werden.

Die Kommission zur Lagerung hoch radioaktiver Abfälle im Rahmen des Standortauswahlgesetzes hat bislang gezeigt, dass das Standortauswahlgesetz überarbeitet werden muss. Auch hat sich gezeigt, dass die gesetzlich maximale Frist bis zur Erstellung eines Berichts Ende Juni 2016 bei weitem nicht ausreichen wird, um in angemessener und notwendiger Weise die Probleme bei der Atommülllagerung mit dem Ziel der Entwicklung von wissenschaftlichen Kriterien umfassend zu erreichen und einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung eines gesellschaftlichen Konsens bei der Atommülllagerung zu leisten. Dazu hat die

Vorlage des „Nationalen Entsorgungsprogramms“ beigetragen, in dem die Bundesregierung zusätzliche Themenstellungen in die Arbeit der Kommission eingebracht hat. In der Summe ergibt sich die Notwendigkeit, unmittelbar im Anschluss an die Arbeit der jetzigen Kommission Anschlussprojekte zu definieren, die die bisherige Arbeit in geeigneter Weise fortsetzt. Dazu hat die Kommission inzwischen Beratungen aufgenommen.

Berlin, 13. Oktober 2015